

Sessionsinfo der Schweizer Agrarindustrie

November 2021

Die Schweiz muss auf Innovationen setzen

Die Zahl der verfügbaren Pflanzenschutzmittel ist in den letzten Jahren in der Schweiz erheblich zurückgegangen. Dies hat der Bundesrat vor kurzem in seiner Antwort auf die Frage 21.7897 «Pflanzenschutzmittel: Gibt es noch genügend Produkte?» von Nationalrat P. M. Bregy (Die Mitte) publik gemacht: 2019 und 2020 wurden 34 Wirkstoffe und 137 Produkte vom Markt genommen, lediglich 3 neue Wirkstoffe und 50 neue Produkte wurden im selben Zeitraum zugelassen. 2021 kamen nur noch weitere 3 Wirkstoffe hinzu. Hängig sind derweil fast 400 Bewilligungsgesuche. Der Zulassungsprozess für Pflanzenschutzmittel wurde in der Schweiz in den letzten Jahren immer langsamer und ist seit der Gewährung des Verbandsbeschwerderechtes praktisch vollständig blockiert. Die Behörden nehmen laufend ältere Mittel vom Markt, lassen aber gleichzeitig keine neuen Pflanzenschutzmittel zu.

Der Mangel an modernen Pflanzenschutzmitteln macht sich immer stärker bemerkbar. Die Liste der verfügbaren Produkte wird kürzer und immer mehr Kulturen können nur noch ungenügend geschützt werden. In vielen Obst- und Gemüsekulturen sind zurzeit nur ein bis zwei einzelne Wirkstoffe zur Bekämpfung von Pflanzenpathogenen übriggeblieben. Die wichtigste Strategie zur Vermeidung von Resistenzentwicklungen, die auf der Alternanz von Wirkstoffen mit unterschiedlichen Wirkungsmechanismen beruht, kann somit nicht mehr angewendet werden. Das gilt für den biologischen wie den konventionellen Landbau gleichermaßen.

Dass eine regionale Produktion nur möglich ist, wenn die Bauern ihre Pflanzen schützen können, hat nicht zuletzt der letzte Sommer mit gravierenden Ernteausfällen in fast allen Kulturen gezeigt. Gegen Hagel können sich die Landwirte versichern, nicht aber gegen Pilzbefall durch Nässe oder Schädlinge. Da helfen nur gute Agrarpraktiken und der gezielte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, um Totalverluste zu verhindern und zumindest einen Teil der Ernte zu retten.

Politik soll Regulierungskorsett lockern

Neben dem Wegfall vieler Wirkstoffe wurden in den letzten Jahren ständig neue Massnahmen und Programme eingeführt (Aktionsplan Pflanzenschutzmittel, gezielte Überprüfung, Pa. Iv. 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»). Auch wenn die Industrie das Ziel einer Reduktion der Risiken von Pflanzenschutzmitteln unterstützt, darf nicht vergessen werden, dass diese Massnahmen eine Auswirkung auf die landwirtschaftliche Produktion haben. Sie schränken die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ein und verkleinern so, direkt oder indirekt, die Palette der in der Schweiz verfügbaren Produkte weiter. Beim Raps sind beispielsweise gegen Erdflöhe, Blattwespen, Stängelrüssler und Schotenrüssler nur noch Pyrethroide zugelassen. Werden diese – wie im Rahmen der Umsetzung der Pa. Iv. 19.475 vorgeschlagen – eingeschränkt, wird es künftig sehr schwierig sein, in der Schweiz überhaupt noch Raps anzubauen.

Die Idee, für diese Kulturen Sonderbewilligungen für den Pflanzenschutz einzuführen, ist nicht praktikabel. Auch wenn die Kantone in der Lage wären, rasch zu handeln: Die Lieferanten werden die benötigten Produkte in der Schweiz kaum mehr an Lager halten, solange diese de facto verboten sind. Für sie ist ein Minimum an Planungssicherheit zentral. Ferner wird keine Firma Aufwand und Kosten der Aufrechterhaltung einer Zulassung in der Schweiz tragen, wenn die Produkte nur mit einer Sonderbewilligung eingesetzt werden könnten. Das ist umso stossender, weil Volk und Stände am 13. Juni 2021, bei hoher Stimmbeteiligung, die beiden Agrar-Initiativen, welche den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stark einschränken oder gar verbieten wollten, deutlich abgelehnt und somit deutlich JA zu einem modernen, gezielten Pflanzenschutz gesagt haben. Die Bevölkerung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie sich regionale landwirtschaftliche Produkte zu erschwinglichen Preisen wünscht.

Modernen Pflanzenschutz mit präziser Züchtung ergänzen

Auch die politische Debatte rund um die Regulierung neuer gentechnischer Verfahren stagniert. Hier braucht es schnell differenzierte, risikobasierte und zukunftsgerichtete Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen. Während viele Länder gegenwärtig den Gesetzesrahmen an den wissenschaftlichen Fortschritt anpassen,

herrscht in der Schweiz in diesem Bereich weitgehend Stillstand. Das führt zu Rechtsunsicherheit und blockiert Innovationen, die massgeblich zu einer nachhaltigeren und ressourcenschonenden Lebensmittelproduktion beitragen könnten. Denn Präzisionszüchtung ermöglicht beliebte, etablierte Sorten zielgenau mit Resistenzen (gegenüber Schädlingen oder Krankheiten) oder Toleranzen (z.B. gegen Nässe oder Dürre) auszustatten. Dies spielt im Hinblick auf den Klimawandel eine besonders wichtige Rolle.

Als Vertreterin der forschenden Industrie plädiert die Industriegruppe Agrar für solide Grundlagenforschung und eine sachgerechte Regulierung, um Innovationen zu fördern und gleichzeitig Risiken zu reduzieren. Dazu gehören auch funktionierende, wissenschaftsbasierte Zulassungsprozesse mit Fristen, die unternehmerische Planung ermöglichen und Firmen einen Anreiz bieten, ihre Produkte im Schweizer Markt zur Zulassung anzumelden.

Parlamentsgeschäfte

21.049 «Gentechnikgesetzes. Änderung»

21.308 Kt. Iv. Waadt. «Für eine Schweiz ohne gentechnisch veränderte Organismen!»

19.4225 Mo. «Verlängerung des Gentech-Moratoriums»

Im Ständerat am 2. Dezember 2021

Empfehlung: NEIN zur Verlängerung des Gentech-Moratoriums. Eine Grundlage für innovative Technologien ist dringend nötig

Die Industriegruppe Agrar lehnt ein erneutes Gentech-Moratorium ohne wissenschaftliche Grundlage ab. Es sollen hingegen zeitnah die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit im Bereich der Bio- und Gentechnologie der wissenschaftliche Fortschritt auch in der Schweiz vorangetrieben und genutzt werden kann. Neue Züchtungsmethoden könnten künftig einen entscheidenden Beitrag zu einer umweltfreundlicheren Landwirtschaft leisten.

Weitere aktuelle Themen

Studien zur Folgenabschätzung des EU "Green Deal"

Geringere landwirtschaftliche Produktivität, höhere Lebensmittelpreise für Konsumentinnen und Konsumenten und eine steigende Abhängigkeit von Exporten wären die Folgen der Farm to Fork (F2F) Strategie der EU. Zu diesem Schluss kommt eine im Oktober vorgestellte Studie der niederländischen Wageningen University & Research (WUR)¹. Zu einem ebenso ernüchternden Ergebnis gelangen ähnlich gelagerte Studien etwa der Universität Kiel² oder des Joint Research Centers (JRC) der EU-Kommission³ und zuvor schon des US-Agrarministeriums USDA⁴. Grund dafür sind die in der F2F-Strategie vorgesehene Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und die Erhöhung des Anteils des Biolandbaus. Besonders betroffen durch den Wegfall von Pflanzenschutzmitteln wären Kulturen wie Äpfel, Hopfen, Oliven, Zitrusfrüchte und Tomaten. Bei Weizen würde die EU vom Netto-Exporteur zum Netto-Importeur – mit negativen Folgen auch für Drittstaaten. Die Wissenschaftler zeigen auch, dass im Zuge einer steigenden Importabhängigkeit Probleme wie etwa Biodiversitätsverluste oder Treibhausgas-Emissionen nur in andere Weltregionen verlagert werden. Nachhaltig ist das nicht.

Aus Sicht der europäischen Agrarwirtschaft braucht es unbedingt eine ganzheitliche Betrachtung der Landwirtschaftsziele durch die EU-Kommission. Das EU-Beispiel dürfte aber auch in der Schweiz zu denken geben. Die Risiken einer Reduktion von Pflanzenschutzmitteln auf die Lebensmittelproduktion und deren Kosten sowie auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit sollten analysiert werden, bevor einschränkende Massnahmen ergriffen werden. Ohne diese umfassende Analyse läuft man Gefahr die nachhaltigen Ziele nicht zu erreichen, sondern das Gegenteil zu bewirken: Die Produktivität der Landwirtschaft sinkt, ökologische Auswirkungen werden verlagert, die Importe und Konsumentenpreise steigen.

Die **Industriegruppe Agrar** vereinigt Spezialisten im Bereich Pflanzenschutz der Unternehmen BASF, Bayer, Leu+Gygax, Omya, Stähler und Syngenta. Die Gruppe setzt sich für innovative und umweltgerechte Lösungen im Bereich Pflanzenschutz ein.

¹ Impact Assessment Study on EC 2030, Wageningen University & Research, 2021

² Ökonomische und Ökologische Auswirkungen des Green Deals in der Agrarwirtschaft, Universität Kiel, 2021

³ Modelling environmental and climatic ambition in the agricultural sector with the CAPRI model, JRC, 2021

⁴ Economic and Food Security Impacts of EU Farm to Fork Strategy, USDA, 2020